

Satzung des „BürgerBus Kirchlinteln e.V.“ vom 19.09.2022

§ 1 Name und Sitz

Der Verein führt den Namen "BürgerBus Kirchlinteln e.V."; er hat seinen Sitz in der Gemeinde Kirchlinteln. Der Verein ist unter VR 200 330 in das Vereinsregister beim Amtsgericht Walsrode eingetragen. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck und Aufgaben

1. Zweck des Vereins ist die Förderung und die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Gemeinde Kirchlinteln.
2. Der Satzungszweck wird insbesondere durch folgende Maßnahmen verwirklicht:
 - a) Abwicklung des öffentlichen Linienverkehrs im Rahmen des Projektes "Bürgerbus" auf der dafür vorgesehenen und genehmigten Linie im Gebiet der Gemeinde Kirchlinteln in Kooperation mit der Verden-Walsroder Eisenbahn GmbH, Verden, oder ihrer Rechtsnachfolgerin, die Inhaberin und Betriebsführerin im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes der zuvor genannten Linie ist.
 - b) Information und Interessenvertretung der Bevölkerung gegenüber Behörden und dem Verkehrsunternehmen.
 - c) Bürgerkontakt und Öffentlichkeitsarbeit
 - d) Entgegennahme von Informationen und Anregungen der Bürger und deren Umsetzung.
 - e) Vorgabe und Erarbeitung der Linienführung, Fahrpläne, Haltestelleneinrichtungen und Abstimmung der Anschlüsse zum Linienverkehr in Zusammenarbeit mit dem Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen GmbH (VBN) oder seinem Rechtsnachfolger.
 - f) Werbung, Einsatz und Betreuung ehrenamtlich tätiger Bürgerbus-FahrerInnen.

§ 3 Mittelverwendung

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins keine Leistungen aus dem Vereinsvermögen. Sofern sie Sacheinlagen geleistet haben, erhalten sie höchstens den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen zurück. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche oder juristische Person werden. Bei Minderjährigen ist der Aufnahmeantrag auch von den gesetzlichen Vertretern zu unterzeichnen. Zur Aufnahme in den Verein ist eine Anmeldung in Textform an den Vorstand zu richten. Der Vorsitzende oder ein von ihm benanntes Vorstandsmitglied bestätigt dem neuen Mitglied die Aufnahme.
2. Über den Aufnahmeantrag bzw. den Einsatz als ehrenamtliche FahrerInnen entscheidet der Vorstand. Die Ablehnung des Antrages bzw. die Ablehnung des Fahrereinsatzes bedarf keiner Begründung.
3. Das Mitglied ist verpflichtet, dem Vorstand neben der Wohnanschrift die Mailadresse und deren Änderungen sofort mitzuteilen.
4. Mitteilungen an die Mailadresse des Mitglieds versandt gelten nach spätestens drei Tagen als zugestellt, sofern sie nicht als unzustellbar zurückgekommen sind.

Ein zuvor aus dem Verein ausgeschlossenes Mitglied, kann nach einer Wartezeit von einem vollen Kalenderjahr auf Antrag nur dann wieder Mitglied werden, wenn der Vorstand dieses einstimmig und die Mitgliederversammlung dieses mit einer Dreiviertelmehrheit ohne vorherige Diskussion beschließen. Das wieder aufgenommene Mitglied kann Ämter in dem Verein erst nach einem weiteren Jahr Wartezeit bekleiden.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch den Tod eines Mitglieds oder Auflösung eines korporativen Mitgliedes, durch Austritt oder Ausschluss.

1. Die Mitglieder können durch Erklärung in Textform unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von

einem Monat jeweils zum Schluss des Kalenderjahres austreten. Somit muss die Kündigung spätestens bis zum 30. November des Austrittsjahres beim 1. Vorsitzenden des Vereins eingehen. Die Beiträge sind bis zum Schluss des Kalenderjahres, in dem der Austritt erklärt wurde, zu zahlen.

2. Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.
 - a. Ausschließungsgründe sind insbesondere:
 - i. Grobe Verstöße gegen Beschlüsse und Anordnungen der Vereinsorgane und vereinschädigendes Verhalten.
 - ii. Grob fahrlässiges Fehlverhalten beim Einsatz als KraftfahrerIn des BürgerBusses.
 - iii. Die Nichtbegleichung ausstehender Mitgliedsbeiträge trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung.
 - b. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Zur Beschlussfassung darüber ist eine Mehrheit von 2/3 aller Vorstandsmitglieder erforderlich. Dem Mitglied ist vor der Beschlussfassung unter Fristsetzung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
 - c. Gegen den Ausschluss ist ein Einspruch möglich, über den die nächste Mitgliederversammlung entscheidet. Der Einspruch muss mit Begründung 4 Wochen nach dem Empfang der Mitteilung über den Ausschluss schriftlich an den Vorstand erfolgen.
3. Durch Erlöschen der Mitgliedschaft bleiben die auf Grund der bisherigen Mitgliedschaft dem Verein gegenüber entstandenen Verbindlichkeiten unberührt.

§ 6 Mitgliedsbeiträge

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben.

1. Über die Höhe der Beiträge und deren Fälligkeit entscheidet die Mitgliederversammlung.
2. Über die Verwendung von zweckgerichteten Zuwendungen oder Spenden entscheidet der Vorstand.
3. Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

Aktive sind von der Beitragspflicht befreit.
Die Einzelheiten regelt der Vorstand.

§ 7 Organe des Vereins

Vereinsorgane sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

§ 8 Vorstand

1. Der Vorstand setzt sich zusammen aus:
 - a. dem/der ersten Vorsitzenden
 - b. dem/der zweiten Vorsitzenden
 - c. dem/der dritten Vorsitzenden
2. Ein Vorstandsmitglied übernimmt in Personalunion die Funktion der/des Kassenwartin/Kassenwartes.
3. Dem Vorstand wird ein Beirat zur Seite gestellt, der aus folgenden Mitgliedern besteht:
 - a) dem/der Leiter/in des Fahrbetriebes
 - b) dem/der Leiter/in für Medienanalyse und Fahrplangestaltung
 - c) dem/der stellv. Leiter/in des Fahrbetriebes
 - d) dem/der Technischen Leiter/in des Fahrbetriebes
 - e) dem/der Schriftführer/in
 - f) dem/der Internetbeauftragten
 - g) dem/der Werbebeauftragten

Vorstandsmitglieder können in Personalunion Aufgaben aus dem Beirat wahrnehmen. Ein Votum des Beirates ist durch den Vorstand in Entscheidungen nach Möglichkeit mit einzubeziehen.

4. Die drei Vorsitzenden bilden den Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Der Verein wird durch zwei Mitglieder des Vorstandes im Sinne des § 26 BGB vertreten.

§ 9 Zuständigkeiten und Aufgaben des Vorstandes

1. Der Vorstand führt ehrenamtlich die Geschäfte des Vereins.
2. Der Vorstand ist berechtigt, ein Vereinsmitglied zur Vornahme von Rechtsgeschäften und Rechtshandlungen jeder Art für den Verein schriftlich zu ermächtigen.
3. a) Der Vorstand kann Verpflichtungen für den Verein nur in der Weise begründen, dass die Haftung der Mitglieder auf das Vereinsvermögen beschränkt ist. Demgemäß soll in allen namens des Vereins abzuschließenden Verträgen oder sonstigen abzugebenden Verpflichtungserklärungen aufgenommen werden, dass die Vereinsmitglieder für die daraus entstehenden Verbindlichkeiten nur mit dem Vereinsvermögen haften.
b) Die Haftung des persönlich Handelnden sowie des Vorstandes aus einem Rechtsgeschäft, das im Namen des Vereins einem Dritten gegenüber vorgenommen wird, ist ausgeschlossen.
c) Der Verein schließt zur Begrenzung der Haftung eine Vereinshaftpflichtversicherung ab.
4. Zu den Aufgaben des Vorstandes zählen insbesondere:

Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung

Ausführung und Umsetzung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung

Vorbereitung des Haushaltsplans, Buchführung, Erstellung des Jahresberichtes,

Vorlage der Jahresplanung Beschlussfassung über Aufnahmeanträge, Ausschlüsse von Mitgliedern

Öffentlichkeitsarbeit und Erarbeitung von Konzepten gemäß § 2.

§ 10 Wahl des Vorstandes

1. Die Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von 3 Jahren gewählt. Die Wahlen erfolgen versetzt in 3 aufeinanderfolgenden Kalenderjahren. Die Vorstandsmitglieder bleiben bis zur Neuwahl des Vorstandes im Amt. Die Wiederwahl ist zulässig. Auf Antrag eines Mitgliedes müssen die Wahlen in geheimer Abstimmung erfolgen.
2. Vorstandsmitglieder müssen Mitglieder des Vereins sein.
3. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vor Ablauf seiner Amtsdauer aus, ist der Vorstand verpflichtet, eine Ergänzungswahl innerhalb eines ¼ Jahres vorzunehmen. Gewählt ist der /die Kandidat/in, der/die die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen in der Vorstandssitzung auf sich vereinigt. Die Zuwahl gilt bis zur nächsten Mitgliederversammlung, welche die Ergänzungswahl bestätigt oder eine Neuwahl vornehmen kann. Die Amtszeit ist begrenzt bis zur nächsten turnusmäßigen Wahl nach § 10, 1, Satz 2.

§ 11 Vorstandssitzungen

1. Vorstandssitzungen werden vom 1. Vorsitzenden oder dem 2. Vorsitzenden einberufen, sie können auch per Videokonferenz stattfinden.
2. Der Vorstand berät und entscheidet über Pläne für die Tätigkeiten des Vereins und über die Vorbereitung der Mitgliederversammlungen. Er kann zu seinen Sitzungen Vertreter der VWE, des VBN, der Gemeinde Kirchlinteln oder sonstiger Institutionen einladen.
3. Der Vorstand trifft seine Entscheidungen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Ja- und Nein-Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des die Vorstandssitzung leitenden Vorstandsmitgliedes.
4. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Vorstandsmitglieder gemäß § 8 Abs. 1 anwesend sind.

§ 12 Mitgliederversammlungen

1. a) Eine ordentliche Mitgliederversammlung muss mindestens einmal jährlich im 1. Halbjahr des Kalenderjahres stattfinden.

b) Sie wird durch Einladung in Textform (E-mail oder Brief) einberufen, welche als zugegangen gilt, wenn sie an die letzte vom Vereinsmitglied bekannt gegebene (Mail-) Adresse gerichtet wurde.

c) Die Einberufung muss mindestens 14 Tage vor dem Termin der Versammlung erfolgen und die vom Vorstand festzusetzende Tagesordnung enthalten.
d) Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn dies ein Mitglied bis spätestens eine Woche vor dem Termin beim Vorstand in Textform per E-mail oder Brief einfordert.
2. Der Vorstand kann außerordentliche Mitgliederversammlungen einberufen, wenn dies im Interesse des Vereins erforderlich ist oder wenn die Einberufung einer derartigen Versammlung von mindestens 1/3 der Mitglieder per Brief oder E-mail und unter Angabe der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die gleichen Bestimmungen wie für die der ordentlichen Mitgliederversammlung.
3. Die Mitgliederversammlung kann auch virtuell erfolgen, entweder komplett online oder als Hybridsitzung. Über die Notwendigkeit einer virtuellen Sitzung entscheidet der Vorstand. Die Mitglieder erhalten spätestens eine Woche vor der Mitgliederversammlung die Online-Zugangsdaten und das entsprechende Passwort in Textform mitgeteilt. Sie müssen ihre Identität bei der Online-Versammlung kenntlich machen.

§ 13 Aufgaben und Beschluss der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung beschließt insbesondere über:
 - a) Jahresbericht
 - b) Entlastung des Vorstandes
 - c) Wahl des Vorstandes
 - d) Satzungsänderungen
 - e) Anträge des Vorstandes und der Mitglieder
 - f) Wahl zweier Kassenprüfer/innen für das nächste Geschäftsjahr
 - g) Einspruch eines Mitgliedes gegen dessen Ausschluss aus dem Verein
 - h) Ernennung von besonders verdienstvollen Mitgliedern zu Ehrenmitgliedern
 - i) die Auflösung des Vereins.
2. Die Mitgliederversammlung ist bei ordnungsgemäßer Einberufung ohne Rücksicht auf die Zahl der teilnehmenden Mitglieder beschlussfähig.
3. Die Kosten der Teilnahme des Mitgliedes an der Mitgliederversammlung trägt das Mitglied selbst.
4. Die Beschlussfassung erfolgt durch einfache Mehrheit der abgegebenen Ja- und Nein-Stimmen. Bei Stimmgleichheit ist zunächst eine geheime Abstimmung notwendig. Besteht danach ebenfalls Stimmgleichheit, gilt der Antrag als abgelehnt.
5. Zu Beschlüssen über die Änderung der Satzung und die Auflösung des Vereins ist eine Stimmenmehrheit von $\frac{3}{4}$ der abgegebenen Ja- und Nein-Stimmen und Ankündigung in der Einladung erforderlich.

§ 14 Protokollierung

Über den Verlauf der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu fertigen, das von der/dem ProtokollführerIn und dem/der 1. Vorsitzenden zu unterzeichnen ist.

§ 15 Kassenprüfer

1. Die Mitgliederversammlung wählt zwei KassenprüferInnen für 2 Jahre so, dass zum Geschäftsjahrwechsel jeweils ein alter und ein neuer im Amt sind. Sie dürfen keine Vorstandsmitglieder gemäß § 8 Abs. 1 sein.
2. Die Kassenprüfer überprüfen die Kassengeschäfte des Vereins auf rechnerische Richtigkeit, aber nicht auf Zweckmäßigkeit der vom Vorstand genehmigten Mittel. Die Überprüfung hat zum Ende des Geschäftsjahres so zu erfolgen, dass das Ergebnis zur jährlichen Mitgliederversammlung zur Verfügung steht und darüber beschlossen werden kann. Ungeachtet der Prüfung können die Kassenprüfer Vorschläge über die Verwendung der Mittel bei der Mitgliederversammlung einbringen.

§ 16 Datenschutz

1. Der Verein erhebt, verarbeitet und nutzt personenbezogene Daten seiner Mitglieder unter Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen (EDV) zur Erfüllung der gemäß dieser Satzung zulässigen Zwecke und Aufgaben, insbesondere im Rahmen von Mitgliederverwaltung und der vereinsinternen Willensbildung.

Hierbei handelt es sich insbesondere um folgende Daten: Name und Anschrift des Mitglieds, Mitgliedsbeitrag, Telefonnummer, E-Mail-Adresse und die Funktion im Verein.

2. Mitgliederlisten werden als Datei oder in gedruckter Form so weit an Vorstandsmitglieder und Mitglieder herausgegeben, wie deren Funktion oder besondere Aufgabenstellung im Verein die Kenntnisnahme erfordern.

Macht ein Mitglied glaubhaft, dass es die Mitgliederliste zur Wahrnehmung seiner satzungsgemäßen Rechte benötigt, wird ihm eine Datei oder eine gedruckte Kopie der notwendigen Daten gegen die schriftliche Versicherung ausgehändigt, dass Namen, Adressen und sonstige Daten nicht zu anderen Zwecken Verwendung finden und die erhaltenen Daten, sobald deren Zweck erfüllt ist, zurückgegeben, vernichtet oder gelöscht werden.

3. Jedes Mitglied hat im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes das Recht auf Auskunft über seine beim Verein gespeicherten Daten, deren Empfänger und den Zweck der Speicherung sowie auf Berichtigung, Löschung oder Sperrung seiner Daten.

4. Durch ihre Mitgliedschaft und die damit verbundene Anerkennung der Satzung stimmen die Mitglieder der Erhebung, Verarbeitung (Speicherung, Veränderung, Übermittlung) und Nutzung ihrer Daten in dem vorgenannten Ausmaß und Umfang zu. Eine anderweitige, über die Erfüllung seiner satzungsgemäßen Aufgaben und Zwecke hinausgehende Datenverarbeitung oder Nutzung ist dem Verein nur erlaubt, sofern er aus gesetzlichen Gründen dazu verpflichtet ist oder das Mitglied schriftlich eingewilligt hat. Ein Datenverkauf ist nicht statthaft.

§ 17 Auflösung des Vereins

1. Bei der Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen Zwecks fällt das Vereinsvermögen an die Gemeinde Kirchlinteln, sofern es zur Begleichung der Schulden des Vereins nicht gebraucht wird.
2. Wird mit der Auflösung des Vereins nur eine Änderung der Rechtsform oder eine Verschmelzung mit einem gleichartigen anderen Verein angestrebt, mit der ausschließlichen Verfolgung der gleichen Ziele, geht das Vereinsvermögen auf den neuen Rechtsträger über.

§ 18 Übergangsbestimmungen

Bei den ersten Vorstandswahlen nach Inkrafttreten dieser Satzung gilt folgende Regelung:

Die Amtszeiten der folgenden Vorstandsmitglieder betragen in Abweichung von § 10, 1, Satz 1 einmalig:

- | | |
|--------------------|------------|
| 1. Vorsitzende(r): | ein Jahr |
| 2. Vorsitzende(r): | zwei Jahre |

Kirchlinteln, 19. September 2022

Wilfried Liebethuth
1. Vorsitzender

Reinhard Ries
2. Vorsitzender